- 1 fl. 24 alb. Corbächer bier.
 2 fl. den spielleuthen.
 9 alb. botenlohn nah wilpräth.
 1 fl. 9 alb. glässer.
 3 fl. sind ufgangen zu convivio nach der disputation.
 6 fl. theses zu trucken.
 4 fl. sind an wein ufgangen bey der suppen, als mein hospites abgezogen. [lateris: 80 fl. 18 alb.]

summarum: 177 fl. 29 alb.

hirzu von rath zu Ulm verehrt empfangen

100 reichsthr., thun: 166 fl. 10 btz.

ubertriff ausgab die innahm: 11 fl. 1 alb.

[auf der Rückseite: „Promotionis doctoralis unkosten.“]

Alsfeld.

Lic. Frh Herrmann.

4. Die Rechtsschule in Wehlar.

Ein Beitrag zur deutschen Universitätsgeschichte.

Im August vorigen Jahres ging durch die Zeitungen eine Notiz, wonach man sich in Frankfurt a. M. mit dem Gedanken trage, die dortigen medizinischen Institute zu einer Art von Medizinischer Akademie zu vereinigen. Soweit wir richtig unterrichtet sind, soll diese neue „Hochschule“ nicht etwa eine Medizinische Fakultät werden, denn zu einer Fakultät gehören Approbations- und Promotionsrechte, die nur durch staatliche Verleihung erworben werden können. Die Frankfurter wollen vielmehr eine ärztliche Fortbildungsschule, die nicht von Studenten, sondern von jungen Ärzten besucht werden soll, ins Leben rufen. Eine ähnliche Einrichtung gibt es bisher in Deutschland nicht. Vielleicht hängt sie mit der Bestimmung der neuen Medizinischen Prüfungsordnung vom 28. Mai 1901, die nach dem Staatsexamen ein Fortbildungsjahr zur weiteren praktischen Ausbildung vorschreibt, zusammen.

Ein Konkurrenzunternehmen gegenüber den Nachbaruniversitäten wird also die Frankfurter Ärzteschule schwerlich werden. Sie entlastet vielmehr in wünschenswerter Weise die Universitätskliniken und Krankenhäuser, die eine ausreichende Zahl von Assistentenposten für die Mediziner nach dem Staatsexamen kaum besitzen dürften. Trotzdem ist man in weiten Kreisen geneigt, den neuen Frankfurter Plan als eine weitere Stufe in den bekannten Bestrebungen der Stadt Frankfurt, aus eigenen Mitteln eine Universität zu schaffen, zu erblicken. In diesem Zusammenhang hat man historische Reminiscenzen ausgegraben und darauf hingewiesen, daß Frankfurt bereits früher eine wirkliche Medizinische Fakultät besessen habe, während in der Nähe, in Aschaffenburg, eine Katholisch-Theologische, eine Juristische, eine Forstwissenschaftliche und eine Kulturwissenschaftliche

Fakultät bestanden. Eine zweite Juristische Fakultät, „Rechtsschule“ genannt, war gleichzeitig in Wezlar tätig.

Wer unser so lieblich und romantisch gelegenes Nachbarstädtchen, das an dem steilen Bahnufer, von der Stiftskirche überragt, in krummen Berggassen malerisch aufsteigt, zum ersten Male betritt, dem drängt sich unwillkürlich ein Vergleich mit der anderen ebenfalls so anmutigen Bahnstadt Marburg auf. Und wer Sinn für den Zauber eines ungezwungenen studentischen Lebens und Treibens in kleinen beschaulichen Universitätsnestern hat, der wird vielleicht bedauern, daß Wezlar nicht auch der Sitz einer Universität geworden ist. Nur wenigen wird die Tatsache bekannt sein, daß Wezlar — freilich nur eine kurze Zeit lang — in seinen Mauern eine Hochschule beherbergt hat, und über ihren Zusammenhang mit den verschiedenen Fakultäten in Aschaffenburg und Frankfurt wird noch weniger Klarheit vorhanden sein. Die gebräuchlichen Nachschlagewerke und Touristenbücher, selbst die Spezialwerke der Art für Wezlar und das Lahntal, erwähnen die Wezlarer Rechtsschule mit keiner Silbe.

Wir haben uns in der Litteratur etwas umgesehen, um über diese Verhältnisse eingehender unterrichtet zu sein. Leider bleibt vieles unaufgeklärt und bedarf noch der weiteren archivalischen Erforschung. Ueber manches andere geben uns indessen namentlich drei Quellen befriedigenden Aufschluß. Einmal sind in der vorigen Jahr erschienenen, recht lezenswerten Monographie des Münchener Privatdozenten der Geschichte Dr. Paul Darmstaedter, „Das Großherzogtum Frankfurt, ein Kulturbild aus der Rheinbundszeit“, mancherlei Einzelheiten, die früher unbekannt waren und die unser Interesse in hohem Grade beanspruchen können, zusammengetragen. Als zweite Quelle, die allerdings über die Rechtsschule in Wezlar nur gelegentliche Notizen bringt, kommt ein gelehrter Aufsatz des bekannten, 1890 verstorbenen, Bonner Rechtshistorikers Wilhelm Endemann, der 1893 in einer juristischen Zeitschrift unter dem Titel „Von dem alten Reichskammergericht“ erschien, in Betracht. Ein drittes Werk, welches gerade mit der Gründung der Rechtsschule abschließt, ist die Geschichte der Stadt Wezlar von Friedrich Wilhelm von Ulmenstein in drei starken Bänden. Ulmenstein war Regierungsrat im Nassau-Weilburgischen und Sohn und Bruder von Richtern des Reichskammergerichts.

Alle genannten Universitätsanstalten in Aschaffenburg, Frankfurt und Wezlar verdanken ihre Begründung dem als Staatsmann und Politiker höchst verhängnisvollen, als Landesvater aber fürsorglich aufopfernden und edelgesinnten Fürstprimas, Freiherrn Karl Theodor von Dalberg (1744—1817), dem letzten Kurfürsten von Mainz, der 1810 als Großherzog an die Spitze des zum Danke für seine Rheinbundspolitik für ihn dotierten Großherzogtums Frankfurt trat. Dieses neue Territorium, das nur drei Jahre Bestand hatte, bildete, abgesehen von der Enklave Wezlar, die Dalberg schon 1803 erhielt, und die später gegen ein anderes Gebiet ausgetauscht

werden sollte, ein zusammenhängendes Ländergebiet, dessen Grenzlinien freilich wundersam ausgezackt waren. Zu dem Großherzogtum Frankfurt gehörten das Fürstentum Aschaffenburg, das durch die Mediatisierung der Besitzungen der Fürsten und Grafen von Löwenstein-Wertheim auf der rechten Mainseite und der Grafschaft Rieneck arrondiert worden war, die Fürstentümer Hanau und Fulda und die ehemals freien Reichsstädte Frankfurt a. M. und Wezlar.

Dalberg hatte, als er noch Kurfürst von Mainz und Kurerzkanzler war, der Universität in Mainz, dem Sitze seines Erzbistums, besondere Fürsorge angedeihen lassen. Die Mainzer Universität, die zeitweilig eine nicht ganz unbedeutende Hochschule war und Dank der Zuweisung der Vermögensbestände aufgehobener Klöster über reichliche Mittel verfügte, löste sich, als die Franzosen den Kurstaat okkupierten, in Wohlgefallen auf. Dalberg entschloß sich, die zerriutete Universität in Aschaffenburg wieder aufleben zu lassen, und versprach sich von einer katholischen Universität in deutschen Landen, die unter der Autorität eines Kirchenfürsten stand, großen allgemeinen Nutzen. Er überwies ihr die Einkünfte des aufgehobenen Kollegialstiftes, gründete die bereits genannten vier Fakultäten, übernahm einige der Mainzer Professoren und berief andere, nebenbei bemerkt ohne Rücksicht auf die Konfession, denn die Mehrzahl der Dozenten sollen Protestanten gewesen sein. Was die Juristische Fakultät anbetraf, so wurden deren Lehrstühle mit Räten des Oberappellationsgerichts besetzt. Die Philosophische Fakultät, eigentlich nur eine Sektion dieser Fakultät, trug den Namen „Kulturwissenschaftliche“ und ihre Professoren — sechs an der Zahl — lasen über Philosophie, Aesthetik, Naturgeschichte, Physik, Geschichte, Philologie, Statistik, Technologie, Landwirtschaftliche Induftriekunde und Handelswissenschaft. Eine Ergänzung fand diese kleine und lückenhafte Fakultät in dem Liceum Carolinum in Frankfurt, das, wie früher oft der Fall, in enger Verbindung mit dem Gymnasium stand, und auf dem namentlich historische und sprachwissenschaftliche Vorlesungen gehalten wurden.

Die „Aschaffener Universität“, eine Großherzogliche Landesuniversität, die von etwa 70 Studenten besucht wurde, beruhte auf den alten Grundlagen der deutschen Universitätsverfassung, die sich im Gegensatz zu der französischen, die für die Fakultäten in Frankfurt und Wezlar maßgebend geworden ist, dadurch auszeichnete, daß man möglichst alle Fächer und Fakultäten zu einer Universitas litterarum zusammenfaßte, während bekanntlich in Frankreich die Trennung in einzelne Fachhochschulen (lycées und facultés) die Regel war. Der Universität Aschaffenburg fehlte aber, ebenso wie der jüngsten deutschen Universität Münster i. W., einer ursprünglich ebenfalls geistlichen Stiftung, die in unseren Tagen durch die Angliederung einer Juristenfakultät erweitert ward, die teuerste aller Fakultäten, die medizinische. Im Uebrigen war sie nur der Schatten einer wirklichen Universität, und der einzige Lehrer von Bedeutung und Ruf war der Kameralist und Statistiker Hofrat Bernhard

Sebastian Nau, ein Polyhistor seiner Zeit, bekannt durch seine Untersuchungen über den Zuckerrübenbau. Die Jurisprudenzstudierenden in Alschaffenburg scheinen ziemlich flott gelebt zu haben, was ein auf sie zugeschnittenes Duellmandat, das sie, als sie es übertraten, im Arrest zur Strafe so und so viel mal abschreiben mußten, beweist. Auch scheint ihr Fleiß recht zu wünschen übrig gelassen zu haben. Dr. Darnstaedter bringt wenigstens zum Beweise eine charakteristische Aeußerung des Ministers von Wallmenich bei. „Die Juristen — so schrieb dieser — sollen studieren und keine Bierhäuser besuchen und nicht den Eltern das sauer erworbene Geld verliedern.“

Die Medizinische Fakultät des Landes wurde 1812 in Frankfurt a. M. errichtet und im November desselben Jahres feierlich eingeweiht. In Frankfurt hatte man bedeutende Spitäler, und in der Stiftung Sendenbergs, in der Anatomie, in dem Botanischen Garten, dem Mineralienkabinett und einer reichhaltigen und gut dotierten Bibliothek zweckmäßige Einrichtungen für die Ausbildung von Medizinern. Die medizinische Schule besaß 10 Dozenten, darunter 8 Ordinarien, deren hervorragendster der Gynäkologe Wenzel war, und neben dem einige andere tüchtige Aerzte wirkten. Sie begann ihr erstes und letztes Studienjahr mit 42 Studenten. Bereits 1813, als Dalberg flüchten mußte, ging aber die Fakultät wieder ein. Die Frankfurter waren mit der neuen Hochschule auf fallender Weise nicht zufrieden, man verlangte ihre Verlegung und Angliederung an eine auswärtige Universität und schlug dafür in erster Linie Wezlar vor. Neben der grundsätzlichen Auffassung, die das französische System der Spezialschulen verwarf, waren noch andere Momente, die vielleicht auch heute noch Geltung beanspruchen können, maßgebend. Frankfurt als Großstadt mit seinen hohen Mietspreisen und vielerlei kostspieligen Zerstreuungen war schon damals ein teures und unsoliden Pflaster, während Wezlar als „lächerlich billig“ bezeichnet wurde und sich ähnlich wie Marburg und Gießen für ein harmloses, urwüchsiges und, was den Ausgangspunkt anbetrifft, höchst anspruchsloses studentisches Milieu empfahl. Bei diesen Reformvorschlägen und Vergleichen hatte es indessen sein Bewenden, denn die baldige Auflösung des Großherzogtums vernichtete auch die Dalbergischen Lehranstalten von Grund aus. Nur die Forstlehranstalt in Alschaffenburg, inmitten der herrlichsten und ausgedehntesten Waldungen des Speffarts gelegen und von Dalberg bereits 1807 errichtet, erwies sich frühzeitig als zugkräftig und ist unter bayrischer Verwaltung bis auf den heutigen Tag in Blüte geblieben.

Am wenigsten wissen wir von der Wezlarer Juristenfakultät. Kein Mensch weiß, wo ihre Akten geblieben sind. Das Wezlarer Staatsarchiv hat jedenfalls, wie wir durch eine freundliche Auskunft seines Herrn Direktors feststellen konnten, davon nichts behalten. Nur über die Gründungsgeschichte der Hochschule sind wir einigermaßen unterrichtet. Ihre Entstehung verdankt sie einer ganzen Reihe von Momenten. Am 6. August 1806 ging sang- und klanglos

das Reichskammergericht, der höchste Gerichtshof des alten deutschen Reichs, ein. 1693 war es von Speyer nach Wezlar verlegt worden. Dort war es fortgesetzt durch Truppenmärsche, Feldzüge und Brandschätzungen in seinem Fortbestand gefährdet worden, und schon vor der Vermüstung der Pfalz durch die Franzosen (1689) hatte man das Kammergericht an andere deutsche Städte gleichsam mindestbietend ausgedoten. Frankfurt a. M., die Reichsstädte Schweinfurt, Friedberg in Hessen, Mühlhausen in Thüringen, Memmingen in Schwaben und Wezlar kamen als neuer Gerichtssitz in Frage, weigerten sich aber oder machten wenigstens ganz erhebliche Umstände, das Gericht aufzunehmen. Gegen Friedberg und Wezlar wehrten sich auch die Mitglieder des Reichsgerichts auf das heftigste. Nach langen Verhandlungen erklärte sich Wezlar, damals ein erbärmliches Nest, aber den Kriegsstürmen jener Zeit ziemlich entrückt, bereit, dem obersten Gericht eine Stätte zu bieten. Aber auch das ging nicht ohne Schwierigkeiten ab. Die Beisitzer des Gerichtes, vornehme und dank ihrer Vermögenslage verwöhnte Beamte der obersten Rangstufe, verspürten wenig Lust, in einem Dorfe — diesen Charakter muß das Landstädtchen mit seinen Misthaufen auf der Straße, seinen erbärmlichen Häuschen mit Strohdächern und den „unflätig duftenden“ Gassen damals gehabt haben — ihr Leben zu beschließen. Die Wezlarer Bürgerschaft aber mit ihrem Stadtrat an der Spitze, durchweg protestantisch, hatte Bedenken, in ihren Mauern so zahlreiche Katholiken einzuziehen zu lassen, wie es die Verlegung des Kammergerichts mit sich brachte. Man fürchtete für das Verhältnis der Konfessionen zu einander, für die Selbständigkeit der Ortspolizei, und wollte von der Abgabefreiheit des Gerichtspersonals nichts wissen. Nach endlosen Verhandlungen kam schließlich eine Einigung zu stande. Für die Gerichtspersonen wurden in dem Orte, der sich mit zunehmender Wohlhabenheit behaglicher gestaltete, mit der Zeit annehmbare und preiswürdige Quartiere geschaffen, und nur die bauliche Unterbringung des Gerichtes selbst blieb fast ein Jahrhundert lang sehr mangelhaft. Von 1693 bis 1756 war das oberste Gericht des Deutschen Reichs in dem alten Rathause von Wezlar untergebracht. Es stand ebenso wie das neue, aber an einer anderen Ecke, auf dem Hauptplatze der Stadt, dem Buttermarkte, und war ein „Justizpalast“ eigentümlichster Art. Der Audienzsaal des Gerichtes befand sich auf einem ehemaligen Tanzboden. Auch alle anderen Räumlichkeiten waren unzureichend und unwürdig, und das ganze Haus, im wesentlichen aus Holz gebaut, baufällig und feuergefährlich. Ein Neubau war zwar seit 1727 beschlossene Sache, aber erst 1756 wurde ein Häuserkomplex ebenfalls auf dem Buttermarkte käuflich erworben, umgebaut und die Sitzungen der Senate und die Gerichtskanzlei dorthin verlegt. Dieses Gebäude, noch heute den alten Reichsadler tragend, beherbergte das Kammergericht, ebenfalls in gänzlich unzulänglichen Räumen, bis 1782. 1782 wurde dann ein neues Gerichtsgebäude auf der Haufergasse bezogen, auf dessen Stelle seit 1884 das jetzige Postamt steht.

In jedem Falle brachte das Kammergericht nach Wezlar plötzlich viel Geld und viel Leben. Seine Gerichtsräte, „*assessores*“ genannt, vorwiegend aus altaristokratischen Familien stammend, bezogen für damalige Verhältnisse recht namhafte Gehälter. Der Kammerrichter, ein Fürst oder Graf, der gleichsam Kurator des Gesamtgerichts war, bezog 9000 Reichstaler. Die Kammergerichtspräsidenten je 2542 Reichstaler, ein Kammergerichtsbeisitzer erhielt jährlich 2000 Konventions-Speziestaler (im heutigen Geld, ohne Rücksicht auf den veränderten Geldwert, etwa 8500 Mk.) und bei voller Besetzung, die freilich nur selten vorhanden war, hatte das Gericht 2 Präsidenten und 25 Richter. Ihre Gehaltsbezüge waren dagegen selten regelmäßig. Die Vorgänge und Beschwerden, die sich an das Ausbleiben der Gehaltszahlungen knüpften, erinnern geradezu an türkische Verhältnisse der Gegenwart. Im Jahre 1703 war die Erbitterung unter den Beteiligten sogar soweit gestiegen, daß man eine förmliche Arbeitseinstellung des obersten Gerichtshofes des Reichs erlebte. Dieser Streik rief gewaltiges Aufsehen in ganz Deutschland hervor und wurde zahllosen Parteien, deren Prozesse endlos verschleppt wurden, verderblich. Nach vollen sieben Jahren erst wurde das Gericht, das bis auf 5 Richter zusammengeschrumpft war, restauriert, und die definitive und feierliche Wiedereröffnung verzögerte sich sogar bis in das Jahr 1713. Jetzt fand auch eine Gehaltsreform die Billigung der Reichsversammlung, und für die vollzähliger Besetzung des Kollegiums wurde Sorge getragen.

Manches haperte aber auch noch in der Folge. Immerhin sah Wezlar unter seiner Bürgerschaft ein zahlreiches Beamtentum, das kaufkräftig war, viel konsumierte, oft auswärtigen Besuch erhielt und namentlich das gesellschaftliche, wissenschaftlich-literarische und das Vereinsleben in Schwung brachte. Unter den Präsidenten und den Beisitzern waren zahlreiche Advokaten und Notare — etwa 60 an der Zahl — am Platze. Dazu kamen noch eine ganze Reihe von Prokuratoren, von denen viele, ebenso wie die Advokaten und Notare, sich am Orte angekauft hatten. Junge Juristen, „Praktikanten“ genannt, mußten an dem „höchstädtigen“ Gerichtshof eine dreimonatliche Station zum Abschluß ihrer juristischen Studien durchmachen und brachten auch ihrerseits mancherlei Leben in die Gerichtsstadt. Es ist ja allgemein bekannt, daß zu diesem Zwecke Goethe (1772) und Freiherr von Stein (1777) in Wezlar weilten. Mit ihren Parteien, die zum Teil mit großem Gefolge erschienen, kamen zur Gerichtsstelle auch zahlreiche auswärtige Anwälte, Sollicitanten genannt. Wenn wir einer Eingabe an die Reichsversammlung trauen dürfen, so betrug die Zahl der Praktikanten und Sollicitanten 250 im Jahre. Endlich war ein ganzes Heer von Offizianten, Gerichtsschreibern, Boten, Sprachmeistern und Dolmetschern vorhanden, sodaß im Jahre 1804, also kurz vor Aufhebung des Gerichtshofes, über 900 Gerichtspersonen dauernd anwesend waren. Rechnet man noch dazu, daß damals zum Schutze des Gerichtshofes eine von Hessen-Darmstadt gestellte Garnison mit einer Kopfstärke

von etwa 100 Mann in Wezlar sich aufhielt, so übertreibt man gewiß nicht, wenn man sagt, daß in Wezlar jeder vierte Mensch zur direkten Interessensphäre des Kammergerichtes gehörte. Wezlar hatte 1804 4200 Einwohner. Natürlich zog das Gericht auch zahlreiche Fremde an, und die Visitationen, welche von den Reichsständen wiederholt beschlossen wurden und deren Tätigkeit sich auf Jahre erstreckte, brachten hochgestellte Kommissionen mit zahlreichen Sekretären und Schreibern in die Stadt. Kein Wunder, daß die Gasthöfe fast stets überfüllt waren. Fast die ganze Stadt, Hoteliers, Krämer und Handwerker, Tanz- und Fechtmeister, Aerzte und Apotheker, Hauslehrer, Perrückenmacher, Druckereien und Fuhrunternehmungen lebten von dem Gericht.

Mit dem Jahre 1806 war mit einem Schlag diese Einnahmequelle für Wezlar verschüttet, das Grundeigentum sank auf die Hälfte des Wertes. Den Handwerkern und Kaufleuten der Stadt, die von allen Seiten von fremden Landesgrenzen umgeben war, war der Absatz völlig abgeschnitten. In seiner Not wandte sich deswegen 1807 der Wezlarer Stadtrat an den Fürstprimas und bat um die Verlegung des Rheinischen Bundesgerichtes, des obersten Gerichtshofes der rheinischen Bundesstaaten, in seine Stadt. Da es zur Errichtung dieses Gerichtshofes aber nicht kam, suchte Dalberg den Wezlarern auf anderem Wege zu helfen. Er begründete dort 1808 eine Rechtsschule, deren Lehrstühle er vorwiegend mit ehemaligen Beamten des Reichskammergerichtes besetzte. Diese neuen Professoren der Jurisprudenz werden um so eher bereit gewesen sein, dem Rufe Folge zu leisten, als skandalöser Weise für ihre Pensionen gar keine Vorsorge getragen worden war. 11 Jahre nach der Auflösung des Kammergerichtes wurde erst für einen Teil des Gerichtspersonals, soweit er noch am Leben war, finanziell gesorgt.

Die Juristenfakultät bestand aus 6 ordentlichen Professoren, die mit folgenden Gelehrten besetzt waren: 1. Jakob Abel, früherer Reichskammergerichtsadvokat und Prokurator (für Zivilprozeß), 2. Jakob Tobias Werner, früher Senatsmitglied des Reichskammergerichtes (für Strafrecht und Rechtsphilosophie), 3. Joseph Anton Bahlkampf, ehemals Protonotarius des Kammergerichtes und Herausgeber der Entscheidungen des Gerichts (für Institutionen und Kirchenrecht), 4. Franz Stidel, der eigentliche Organisator der Fakultät, von 1817—1839 Professor in Gießen (für französisches Recht, Staats- und Lehensrecht), 5. Egid von Löhr, später (1813—1851) Professor der Rechte in Gießen (für Pandekten, Römische Rechtsgeschichte und Enzyklopädie des Rechts) und endlich 6. Ernst Ludwig Follenius, Konsistorialrat und evangelisch-lutherischer Oberpfarrer (für Statistik und europäische Staatenkunde).

Ebensowenig wie die Besetzung der Lehrstühle Schwierigkeiten bereiten konnte, war dies bezüglich der räumlichen Unterbringung der Rechtsschule der Fall. Das neue, erst 1782 eröffnete Kammergerichtsgebäude stand in erster Linie für diesen Zweck zur Verfügung.

Warum man dieses nicht gewählt hat, haben wir bei unseren Studien nicht feststellen können. Tatsache ist, daß man als Auditoriengebäude ein zum ehemaligen Jesuitenfond gehörendes Grundstück, das lange Zeit dem zeitweiligen Kammerrichter als Wohnung zur Verfügung stand, und das für öffentliche Vorlesungen einen größeren Saal besaß, auserkoren hat. Die Privatvorlesungen werden wohl, wie früher überall, in den Privatwohnungen der Professoren abgehalten worden sein.

Auch an Lehrmitteln fehlte es nicht. Es war eine umfangreiche juristische Fachbibliothek vorhanden, die durch Abzüge von den Promotionsgeldern und durch die Immatrikulationsgebühren weiter finanziert wurde. Da im Mittelpunkt des Unterrichts nach Dalbergs Plan das französische Recht nach dem Code Napoléon stand — denn für dieses neue Recht fehlte es in den Rheinlanden bislang an einer geeigneten akademischen Bildungsstätte —, so beeilte sich der Professor des französischen Rechts, französische Rechtsquellen und Lehrbücher ins Deutsche zu übersetzen. Ein sehr wertvolles Material für akademische Lehrzwecke gaben dann die riesigen Aktenbestände des ehemaligen Kammergerichts ab, neben denen 200 Bände von Probearbeiten der zum Assessorat präsentierten Kandidaten und die zahlreich vorhandenen Urteilsbücher, Sammlungen von Entscheidungen und dergleichen mehr zur Verfügung standen.

Um seine neue Gründung tatkräftig zu unterstützen, erließ Dalberg ein Edikt, wonach niemand in seinen Landen zum Richteramt zugelassen werden sollte, der nicht den juristischen Lizentiatencharakter in Weßlar erworben habe. Und in der Tat, wie wir gelegentlich durch Endemann erfahren, ist in Weßlar auch promoviert worden.

An der Spitze der Juristischen Akademie stand ein Kurator, Adam Joseph von Mulzer, der bei allen Versammlungen der Fakultät präsiidierte, die Matrikel erteilte und eine Disziplinargewalt besaß. Die „Freiheit der Wissenschaft“ war in dem Statute in volltönenden Worten zugesichert. Es heißt dort: „Die Professoren sollen in wissenschaftlicher Hinsicht unabhängig und keinem anderen Gesetze unterworfen sein, als welche das allgemeine Staatswohl, Religion und Moralität vorschreiben.“ Die Hauptvorlesungen wurden unentgeltlich gehalten; über die Gehaltsbezüge der Professoren ist aber nichts bekannt geworden. Wahrscheinlich hat Dalberg die Ausgaben für die Fakultät, die übrigens auch als „erfuchtes Rechtskollegium“ Rechtsgutachten an Gerichte abgab, zum Teil mit seinen Privatmitteln, in der Hauptsache aber aus dem Kollegialstiftungsfond bestritten. Dieser reiche Fond, heute noch „Dalberg'scher Fond“ genannt, existiert noch gegenwärtig, und aus ihm werden die gesamten Kirchen- und Schulkosten der katholischen Gemeinde in Weßlar gedeckt.

Es waren also alle Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Weßlarer Rechtsschule gegeben, trotzdem wollte sie sich nicht recht entwickeln. Sie litt offensichtlich unter der Konkurrenz

der Universitäten Gießen und Marburg und war von Anfang an nur schwach besucht. Auf diese Weise wurden die Hoffnungen der Wezlarer Bürgerschaft bitter getäuscht. Die paar Professoren und die wenigen, meist unbemittelten, Studenten boten keinen Ersatz für den Aufwand des großen Kammergerichts, das über ein Jahrhundert lang der freien Reichsstadt ein eigenartiges und in seiner Art glänzendes Gepräge verliehen hatte. Zudem ging mit der Auflösung des Großherzogtums Frankfurt auch die Rechtsschule wieder ein. Wezlar hat sich dann in der Folge erst sehr langsam als preussische Kreisstadt und Hauptort eines größeren Landdistrikts ökonomisch erholt, und hätte das wahrscheinlich noch mehr getan, wenn rechtzeitige Eingemeindungen und eine andere Lage des Bahnhofs ihm die steuerkräftige Großindustrie auf dem linken Ufer der Lahn gesichert hätten.

An dieser Stelle erscheint es vielleicht nicht uninteressant, noch kurz einen Blick auf diejenigen Vorgänge zu werfen, die mit der Auflösung des Reichskammergerichts und der Juristischen Akademie zusammenhängen. Namentlich interessiert uns das Schicksal der Reichskammergerichtsakten und der Bibliothek des Kammergerichts und der Rechtsschule. Was die letztere anbetrifft, so hat ihre Auflösung enorme Schwierigkeiten und Schreiberereien zur Folge gehabt. Die Bibliothek gehörte ursprünglich ausschließlich dem Kammergericht, also dem alten Deutschen Reiche. Dalberg überwies sie kurzer Hand seiner Rechtsschule und vermischte sie hier mit Büchern, die aus einer Sammlung der aufgehobenen Wezlarer Jesuitenschule stammten oder aus dem Vermögen der Exjesuiten von dem letzten Kammerrichter als dessen Administrator angeschafft worden waren. Dazu kamen wahrscheinlich noch Bücherbestände, die Dalberg gestiftet hatte, und endlich waren, wie schon gelegentlich hervorgehoben, aus einem Teil der Promotionsgebühren der Professoren juristische Bücher erworben worden. Die Besitzverhältnisse waren also so verwickelt, wie nur möglich, und wie geschaffen für komplizierte Rechtsstreitigkeiten. Ein Bundesbeschluß, wer Rechtsnachfolger der Kammergerichts-Bibliothek sein sollte, war nicht herbeizuführen gewesen. Preußen sah die Bibliothek als Eigentum der Rechtsschule, die ja ein großherzogliches Staatsinstitut war, an und konnte, wenn diese Rechtsauffassung richtig war, da die Rechtsschule eingegangen und Wezlar preussisch geworden war, über die Bibliothek beliebig verfügen. Man gehörte aber ein Teil der Bücherbestände zum Vermögen der früheren Jesuitenschule, und das Wezlarer Gymnasium behauptete für sich die Quasinachfolge in dem Nachlaß der Jesuiten. Hier handelte es sich also nicht um ein Staatsvermögen, sondern um ein Stiftungsvermögen, über das der preussische Staat nicht ohne weiteres verfügen konnte. Der Bibliothekar setzte sich also, als ein Staatskommissär die gesamte Bibliothek an die 1818 neu gegründete Friedrich-Wilhelmsuniversität zu Bonn überführen lassen wollte, zur Wehr, und endlose Hin- und Herschreiberereien waren die Folge seines Protestes. Das Endresultat aber war das, daß der Hauptstock der

Bibliothek, namentlich fast alle juristischen Werke, nach Bonn kam, während ein kleiner Teil der Wezlarer Gymnasialbibliothek wieder einverleibt wurde. Der Bundestag hat, wie gesagt, von vornherein diese Angelegenheit als ein Internum Preußens aufgefaßt und sich nicht hineingemischt.

Rechtlich einfacher, aber in der Ausführung komplizierter, war die Nachlaßregulierung der Prozeßakten und sonstigen Archivbestände des ehemaligen Reichskammergerichts. Die Aktenbestände, die hier in Frage kommen, waren unglaublich angeschwollen. In Speyer hatte man 500 große Fässer mit Akten gefüllt und zum größten Teil nach Wezlar gebracht. Als das Reichskammergericht aufgehoben wurde, waren 80 000 Aktenfascikel vorhanden, deren alphabetisches Verzeichnis 6 starke Foliobände füllte. 1818 wurde ein Bundesbeschluß extrahiert, wonach Preußen die Verwahrung der Akten übernahm, und zugleich wurde eine Kommission eingesetzt, die die Akten an die einzelnen Bundesstaaten verteilen sollte. Dieses Verteilungsgeschäft nahm Jahrzehnte in Anspruch. Preußen ließ die ihm gehörigen Akten in Wezlar liegen, und außerdem verblieben dort alle sogenannten „unteilbaren“ Akten, als da sind alle Sitzungsprotokolle, Urteilsbücher, Geschäftsbücher und Journale und die sogenannten „Miszellen“. Dieser untrennbare Archivanteil betrug beinahe 1400 Bände und Konvolute. Durch den Bundesbeschluß von 1818 war die Vernichtung und Veräußerung irgendwelcher Akten aus der Zeit des Kammergerichtes verboten worden.

Was Preußen verblieb, lagerte bis 1857 in den Bodenträumen der Franziskanerkirche in Wezlar. Dann wurde es in das vom Kreisgericht benutzte Gebäude neben dem jetzigen Postamt, das früher dem Reichskammergericht als Archiv gedient hatte, untergebracht, sorgfältig geordnet und inventarisiert. Das jetzige Staatsarchiv in Wezlar bestand damals noch nicht, ist vielmehr erst 1880 eingerichtet worden. Von 1857—1880 hielt die preussische Justizverwaltung in Wezlar einen preussischen höheren Justizbeamten, dem ein Sekretär beigegeben war, und der das Archiv verwaltete. 1880 wurde der sogenannte „untrennbare“ Teil zur Mitverwaltung an die preussische Verwaltung der Staatsarchive übergeben, und an die Stelle des Justizkommissariats trat das königliche Staatsarchiv. Zugleich wurden aus den Akten die auf Elsaß-Lothringen bezüglichen ausgeschieden und der Landesverwaltung der Reichslande überwiesen.

Siehe.

Prof. Dr. M. Biermer.